

DGB-Aktionswoche vom 14. bis 20. Oktober 1985

# Antworten auf die zentralen Vorwürfe des DGB

Der DGB betreibt die Vorbereitung seiner sogenannten Aktionswoche vom 14. bis 20. Oktober mit systematischer Desinformation. Die vom DGB dazu herausgegebene Musterrede ist eine Sammlung von Verdrehungen, Auslassungen und Unterstellungen. Wir haben dazu die beigefügten Argumente für unsere Politik zusammengestellt.

## DGB-Vorwurf:

Beschäftigungspolitische Tatenlosigkeit der Bundesregierung

(so DGB-Chef Breit am 22. September 1985 vor der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, sowie Musterrede S. 2/3).

## Unsere Antwort:

Der Vorwurf ist absurd und unhaltbar. Keine Regierung hat die arbeitsmarktpolitischen Instrumente so umfassend und wirkungsvoll eingesetzt wie die jetzige Bundesregierung. Besonders deutlich wird dies in einem Vergleich 1985 mit 1982:

- Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik seit 1982 um ein Drittel erhöht:

1982: 6,9 Mrd. DM  
1985: 9,2 Mrd. DM

darunter:

- Berufliche Fortbildung, Umschulung und betriebliche Einarbeitung

Finanzmittel:

1982: 3,78 Mrd. DM  
1985: 4,35 Mrd. DM  
Steigerung: 85/82 + 15%

## Eintritte in Maßnahmen:

Januar bis August 1982: 163 200, darunter 56% Arbeitslose  
Januar bis August 1985: 247 800, darunter 67% Arbeitslose  
Steigerung: 85/82 + 52%

● Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen:

**Finanzmittel:**

1982: 0,87 Mrd. DM

1985: 2,48 Mrd. DM

Steigerung: 85/82: + 185%

**Teilnehmer:**

Ende August 1982: 27 400

Ende August 1985: 97 000

Steigerung: 85/82: + 254%

● Lehrstellenrekord und massive Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

- Rekord bei neuabgeschlossenen Ausbildungsverträgen:

1982: 631 400

1984: 706 000

Steigerung: 82/84 + 12%

— 18 500 Plätze für Jugendliche durch Benachteiligtenprogramm.

— Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche unter 25 Jahren:

1982: 7 950

1984: 24 770

Steigerung: + 211%

Ende Juni 1985: 35% aller ABM-Beschäftigten jünger als 25 Jahre.

— Fortbildung, Umschulung, Einarbeitung auch für Jugendliche intensiviert.

**Maßnahme-Anfänger unter 25 Jahren:**

1982: 76 000

1984: 108 400

Steigerung: + 43%

Ende August 1985: 27% aller Maßnahme-Anfänger seit Jahresbeginn unter 25 Jahren.

● Vorruhestandsgesetz: Einstieg gelungen

Die SPD-geführte Bundesregierung hat jahrelang vom Vorruhestand geredet und kein Gesetz zustandegebracht.

Wir haben gehandelt: Von den Möglichkeiten des Vorruhestandes können mehr als 275 000 Arbeitnehmer über 58 Jahren Gebrauch machen.

Anfang August 1985 gab es schon über 27 000 Vorruheständler. Bei der Bundesanstalt waren über 21 000 Zuschußfälle für die wiederbesetzten Arbeitsplätze registriert.

● Rückkehrförderungsgesetz erheblich erfolgreicher als erwartet

Die SPD-geführte Bundesregierung hat jahrelang von Rückkehrförderung geredet.

Wir haben gehandelt: Von dem Rückkehrförderungsgesetz machten rd. 140 000 ausländische Arbeitnehmer Gebrauch; insgesamt kehrten rd. 350 000 Ausländer mit unserer Unterstützung freiwillig in ihre Heimat zurück.

● Beschäftigungsförderungsgesetz baut Einstellungshemmisse ab

Der erleichterte Abschluß befristeter Arbeitsverträge und vermehrte Teilzeitarbeit schaffen zusätzliche Möglichkeiten für Neueinstellungen.

Auch der DGB müßte zugeben, daß **befristet in Arbeit besser ist als unbefristet arbeitslos**.

Und im übrigen, wogegen der DGB auf Bundesebene polemisiert, wird von seinen eigenen Unternehmen praktiziert:

Die co op-Niederlassung Nord bot am 14. September 1985 im Hamburger Abendblatt 15 befristete Arbeitsverhältnisse an (Anzeige liegt bei).

**• Weiterer Ausbau der Arbeitsmarktpolitik:**

Geplante Verbesserung des Arbeitsförderungsgesetzes (7. AFG-Novelle) begünstigt 400 000 Arbeitnehmer jährlich

— Für dringend notwendige Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose werden zusätzlich 750 Mio. DM bereitgestellt.

— Im Anschluß an die zum 1. Januar 1985 in Kraft getretene Verlängerung der Höchstanspruchsdauer beim Arbeitslosengeld für 49jährige und ältere Arbeitslose soll jetzt die Anspruchsdauer wie folgt verlängert werden:

- = ab 45jährige auf 16 Monate
- = ab 50jährige auf 20 Monate
- = ab 55jährige auf 24 Monate

Für diese Maßnahme werden 1,1 Mrd. DM bereitgestellt.

## DGB-Vorwurf:

Arbeitslosigkeit steigt — Arbeitsplätze nehmen ab  
(S. 2 und 3 des Musterreferats)

## Unsere Antwort:

Die Realität ist anders: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt, und erstmals seit 1980 steigt die Zahl der Arbeitsplätze wieder.

1. Der von der SPD-Regierung zu verantwortende rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt:

1981: + 43 Prozent  
1982: + 44 Prozent  
1983: + 23 Prozent  
1984: + 0,3 Prozent

Damit ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt.

1986 werden die Arbeitslosenzahlen trotz erneuten Anstiegs des Erwerbspersonenpotentials voraussichtlich sinken.

2. Die vom DGB behauptete Zahl von 3,4 Millionen Menschen ohne Arbeit ist eine polemische Übertreibung. Der DGB kommt zu dieser Horrorzahl, indem er den 2,2 Millionen Arbeitslosen 1,2 Millionen Menschen hinzählt, die es angeblich aufgegeben haben, beim Arbeitsamt um Arbeit nachzusuchen. Schon die damalige SPD-Staatssekretärin Anke Fuchs erteilte einer solchen künstlichen Aufblähung der Arbeitslosenzahlen eine klare Absage:

„Für die Arbeitsmarktpolitik ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen maßgebend. Es ist davon auszugehen, daß jene . . . , die an einer Arbeitsaufnahme ernsthaft interessiert sind, sich beim Arbeitsamt melden“ (Bundestagsprotokoll vom 10. April 1981, S. 1649).

Die schwarzmalerische Aufblähung der Arbeitslosenzahlen durch den DGB wird also selbst von der SPD nicht mitgemacht.

### 3. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt erstmals seit 1980 wieder deutlich zu

● Im 2. Quartal 1985 lag die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt um 155 000 über dem Stand des Vorjahreszeitraumes. Dieses Ergebnis wäre noch besser ausgefallen, wenn der Anpassungsprozeß im Bausektor die Beschäftigungsbilanz nicht noch mit 100 000 Arbeitsplätzen belastet hätte.

● Folgende Bereiche haben die größten Zuwächse:

— Im Dienstleistungsbereich waren im 2. Quartal 1985 über 190 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als vor einem Jahr.

— Die Industrie, der Kernbereich unserer Volkswirtschaft, weitet ihre Beschäftigung von Monat zu Monat mehr aus:

= Im Juli 1985 waren in der Industrie schon 120 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als vor einem Jahr.

**darunter:** Elektrotechnik + 54 000  
                  Autoindustrie + 30 000  
                  Maschinenbau + 25 000

Wer angesichts dieser Tatsachen und Fakten, wie der DGB, davon spricht, daß die Arbeitsplätze abnehmen, der verbreitet entweder böswilligen Pessimismus oder weiß nicht, wovon er redet.

### DGB-Vorwurf:

**Politik für wenige gegen die Mehrheit der Bevölkerung**

(S. 4 des Musterreferates)

### Unsere Antwort:

#### 1. Das Herausgreifen beliebiger Gewinnzahlen ist unseriös

Richtig ist, daß die Gewinne 1982 bis 1984 schneller als die Arbeitnehmereinkommen gestiegen sind. Der DGB verschweigt aber den **Gewinnrückgang** der Jahre 1980 und 1981 (minus 27 Mrd. DM). Eine Folge davon war der Abbau von Arbeitsplätzen.

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank haben sich die **Einkommen** der Arbeitnehmer und die der Unternehmen von 1979 bis 1984 im Gleichschritt, nämlich um 22 Prozent erhöht!

Die **DGB-Behauptung, die Gewinne würden nicht investiert, ist unrichtig**. Nach der Investitionsschwäche 1980 bis 1982 nehmen die Investitionen wieder zu. Im 1. Halbjahr 1985 lagen die Unternehmensinvestitionen um 16,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Daß die Investitionen beschäftigungswirksam sind, belegen die neuesten Beschäftigungszahlen (vgl. Ausführungen zum DGB-Vorwurf: „Arbeitsplätze nehmen ab“).

#### 2. Nicht die Politik der CDU-geführten Bundesregierung, sondern die SPD-Verschuldungspolitik richtete sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung

— 1981 und 1982 lag die Neuverschuldung des Bundes bei über 37 Mrd. DM im Jahr.

Ohne die Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung wären 1983 schon 55 Mrd. DM an neuen Schulden hinzugekommen.

— Die konsequente Konsolidierungspolitik erfordert 1985 nur noch eine Neuverschuldung von nicht einmal 25 Mrd. DM.

— Zur Erinnerung:

Als 1969 die CDU die Regierungsverantwortung abgab, betrug der Schuldenstand des Bundes 45,2 Mrd. DM. Dafür waren 2,2 Mrd. DM Zinsen zu zahlen.

1982 waren daraus 308,5 Mrd. DM Schulden geworden, die die gewaltige Summe von 22,1 Mrd. DM Zinsen erforderte.

— Folge der SPD-Verschuldungspolitik sind 29 Mrd. DM an Zinsausgaben in diesem Jahr. Ohne den Erfolg der Konsolidierung wären es 2 Mrd. DM mehr.

— Schulden sind eine Hypothek für die Zukunft. Schulden machen, heißt auch Zinsen zahlen. Die Zahlungen fließen auf die Konten jener, die das Geld haben, um staatliche Schuldtitle zu kaufen. Und wer finanziert die Zinszahlungen? Nicht zuletzt die Arbeitnehmer mit ihrer Lohnsteuer und die Rentner- und Arbeitnehmerhaushalte über die Verbrauchsteuern.

— **Ständiger Anstieg der Neuverschuldung bremst das Wachstum und vernichtet Arbeitsplätze, schmälert die Einkommen der kleinen Leute und verhindert, daß der Staat seiner eigentlichen Aufgabe: Zukunftsvorsorge nachkommen kann.**

— Der **Schuldendienst** ist durch die verfehlte SPD-Politik zum drittgrößten Titel im Bundeshaushalt geworden. **Wir geben mehr Geld für Zinsen aus, als wir für Umweltschutz, innere Sicherheit, Wohnungs- und Städtebau, die berufliche Bildung, die Ausbildungsförderung und für Wissenschaft und Forschung zusammen ausgeben.**

Schuldenpolitik bedeutet mehrfache Umverteilung von unten nach oben. Diesen Prozeß haben wir gestoppt.

### 3. Politik der Preisstabilität ist Politik für die Mehrheit der Bevölkerung

- 1982 betrug die Inflationsrate für Arbeitnehmerhaushalte 5,4 Prozent, im vergangenen Jahr nur noch 2,4 Prozent. Damit verblieben allein 1984 15 Mrd. DM mehr Kaufkraft in der Hand der Arbeitnehmer. Die Teuerungsrate für Rentnerhaushalte sank von 5,7 Prozent auf 2,4 Prozent. Das bedeutete 6 Mrd. DM mehr Kaufkraft für die Rentenbezieher.

- Im konkreten Einzelfall bedeutet das:

- Der durchschnittliche Rentner- und Pensionärshaushalt (2 250,— DM monatlich) profitiert von der gesunkenen Inflation durch rund 810,— DM mehr Kaufkraft pro Jahr.

- Dem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt (3 300,— DM verfügbares Einkommen monatlich) bringt allein die gesunkene Inflationsrate im Jahr sogar knapp 1 200,— DM!

Gerade wer keine Mark zu verschenken hat, ist auf Preisstabilität besonders angewiesen. Dies sind vor allem Arbeitnehmer und Familien mit niedrigem Einkommen und nicht zuletzt Rentner. Stabilitätspolitik ist immer auch Sozialpolitik: „Unsere Politik der Preisstabilität ist die beste Sozialpolitik“ (Helmut Kohl).

## DGB-Vorwurf:

„Heuern und feuern wird staatlich abgesegnet“

(Musterrede Seite 5)

## Unsere Antwort:

Die Kritik von SPD und DGB am Beschäftigungsförderungsgesetz ist ebenso **substanz- wie maßlos**. Sie erschöpft sich in reißerischen Formulierungen und geht an den Zielen und Inhalten des Gesetzentwurfes vorbei. Das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Gesetz enthält einen Katalog von Maßnahmen, deren Ziel es vor allem ist, Einstellungshemmisse abzubauen. Die Risiken von Neueinstellungen werden für die Unternehmen überschaubarer und kalkulierbarer gemacht. (In der Praxis arbeitet auch die DGB-eigene coop zugunsten von Arbeitslosen mit dem neuen Gesetz, s. Anlage 1):

1. Nur das **Heuern wird leichter gemacht**; das ist der Zweck des Gesetzes. Das Feuern — also die Entlassung von Arbeitnehmern — wird durch das Beschäftigungsförderungsgesetz nicht erleichtert, weil der Kündigungsschutz erhalten bleibt. Arbeitslose haben keinen Kündigungsschutz. Für sie gilt: Besser befristet in Arbeit als unbefristet arbeitslos!

Durch befristete Arbeitsverhältnisse soll das bisher vielfach übliche Ausweichen in Überstunden und Sonderschichten vermieden werden, das keine zusätzliche Beschäftigung schafft. Bei einer Stabilisierung der Auftragslage werden aus befristeten Arbeitsverhältnissen im allgemeinen Dauerarbeitsplätze, denn selbstverständlich ist der Arbeitgeber schon aus wirtschaftlichen Gründen an eingearbeiteten Mitarbeitern interessiert.

2. Der **Kündigungsschutz von Arbeitnehmern wird durch das Beschäftigungsförderungsgesetz nicht berührt**. Für alle Arbeitsverhältnisse auf unbestimmte Dauer, die den kündigungsschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen, gilt der Kündigungsschutz fort.

### 3. Stammbelegschaften werden nicht abgebaut

Für niemanden, der sich in einem Arbeitsverhältnis befindet, ändert sich etwas. Nicht Entlassungen, sondern Neueinstellungen werden erleichtert. Zeitarbeitsverträge sind auch bereits nach jetzigem Recht zulässig, wenn sie nicht länger als sechs Monate dauern oder wenn es für die Befristung und ihre Dauer einen sachlichen Grund gibt. Es wird also kein neues Rechtsinstitut zugelassen; es wird lediglich für genau definierte Fälle der Rechtfertigungzwang aufgehoben, um Einstellungen zu erleichtern, die anderenfalls unterblieben wären.

4. Es ist richtig, daß die ursprünglich vorgesehene gesetzliche **Regelung zum Abbau von Überstunden nicht weiter verfolgt worden ist**. Aber weshalb? Durch die nach einem der schwersten Arbeitskämpfe der Nachkriegszeit zustande gekommenen Tarifverträge in der Metall- und Druckindustrie mit ihren großzügigen Überstundenregelungen waren die geplanten Regelungen der Boden entzogen worden. Sollte der Gesetzgeber in den mühsam austarierten Tarifkompromiß eingreifen und strengere Voraussetzungen für die Leistung von Überstunden vorsehen? Oder sollte er es bei dem Vorrang tariflicher Regelungen belassen — dann hätte die gesetzliche Regelung kaum noch gegriﬀen. In welchem Umfang Überstunden zulässig sein sollen, ist eine Angelegenheit der Tarifvertragsparteien, also gerade auch der DGB-Gewerkschaften. Sie sollten daher

nicht nach dem Gesetzgeber rüfen, nachdem sie zuvor großzügige Überstundenregelungen den Arbeitgebern zugestanden haben.

**5. Massenentlassungen werden keineswegs erleichtert.** Die im Beschäftigungsförderungsgesetz enthaltenen Neuregelungen zum Sozialplan sollen vielmehr dazu beitragen, daß die Kosten aus Sozialplänen für die Arbeitgeber berechenbarer werden. Dadurch soll auch die Furcht bei vielen Arbeitgebern, im Falle von Betriebsänderungen mit unkalkulierbar hohen Kosten belastet zu werden, verringert werden. Dies alles soll letztlich bewirken, daß vom Sozialplanrecht weniger Hemmnisse für Neueinstellungen als bisher ausgehen.

## DGB-Vorwurf:

„Die Armut nimmt zu“  
(Musterrede Seite 10)

## Unsere Antwort:

**1. Wenn Sozialhilfebezug die Meßlatte für Armut ist, dann muß der DGB den Vorwurf an die SPD richten.**

Unter SPD-Regierungen sind die Sozialhilfeausgaben und Empfängerzahlen explodiert — wie die folgenden Zahlen zeigen:

	1969	1982	1984
Sozialhilfeempfänger	1,4 Mio.	2,3 Mio.	rd. 2,5 Mio.*)
Ausgaben für Sozialhilfe	2,8 Mrd.	16,3 Mrd.	18,7 Mrd.

\*) Schätzung

Es gibt also keine „neue Armut“, sondern höchstens die alte Armut der SPD.

**2. Wir geben uns nicht damit zufrieden, Verantwortlichkeiten klarzustellen — wir handeln im Interesse der Betroffenen.**

- Die Regelsätze der Sozialhilfe wurden zum 1. Juli 1985 nicht um 2 Prozent oder 3 Prozent angehoben, sondern durchschnittlich um rd. 8 Prozent. Das sind mehr als 5 Prozent über dem Anstieg der Preise und weit mehr als der Nettolohnanstieg der Arbeitnehmer. Alleinerziehende mit einem Kind bis zu sieben Jahren und alte Mitbürger über 60 Jahre erhalten zusätzlich zum erhöhten Regelsatz einen Zuschlag in Höhe von rd. 75 DM.

- Wir erhöhen die Wohngeldleistungen um 900 Millionen DM. Für den einzelnen Wohngeldbezieher macht das über 30 Prozent mehr Wohngeld aus! Und das Wohngeld wird familienfreundlicher: Wenn mehrere Generationen zusammenleben, gibt es einen Freibetrag von 2400 DM. Das stärkt die Familiensolidarität.

- Unter der SPD-Regierung lag die Inflationsrate in der Mehrzahl der Jahre weit über 5 Prozent. Das hat Arbeitnehmern und Rentnern, vor allem den Beziehern kleinerer Einkommen die bescheidenen Einkünfte weggefressen! Inflation schafft Armut. Wir haben die Inflation beendet. Das wirkt der Armut entgegen. Gerhard Stoltenberg: „Der Rückgang der Inflationsrate von 6 Prozent auf 2 Prozent ist der größte soziale Fortschritt der letzten 15 Jahre.“

- Erziehungsgeld, rentenrechtliche Berücksichtigung von Erziehungszeiten, Kindergeldzuschläge und erhöhte Kinderfreibeträge verhindern, daß **Kinderreichtum** zu Armut führt.

Wir wissen, daß es auch in der Wohlstandsgesellschaft vergessene Menschen und Armut gibt. Wir reden aber nicht nur — wir handeln und kümmern uns um diese Menschen.

## DGB-Vorwurf:

„**Sozialabbau — Amputationen im Bereich der sozialen Sicherung**“  
(Musterrede Seite 10/11)

## Unsere Antwort:

1. **Noch keine Bundesregierung hat mehr Geld für Sozialleistungen ausgegeben als die derzeitige.**

**Ist das Sozialabbau?** Der geplante Haushalt des Bundesarbeitsministers ist auch 1986 mit 58,8 Milliarden DM der größte Einzelhaushalt. Die Steigerung von 3,5 Prozent gegenüber 1985 liegt deutlich über der Steigerung des Gesamthaushalts mit nur 2,4 Prozent.

**Ist das Sozialabbau?** 86,33 Mrd. DM werden vom Bund 1986 für soziale Sicherungen ausgegeben.

**Ist das Sozialabbau?** 1985 werden pro Kopf der Bevölkerung 9 310 DM ausgegeben — 1982 unter SPD-Verantwortung waren es nur 8 520 DM.

**Ist das Sozialabbau?** Das Sozialbudget, d. h. alle Sozialleistungen zusammen steigen von 525 Milliarden DM 1982 auf rd. 575 Milliarden DM 1985.

2. **Die SPD hat im Sozialbereich sogar mehr gespart als die CDU**

SPD und DGB wollen verdrängen und vergessen machen, daß die Masse der Konsolidierungsmaßnahmen seit 1975 von der SPD-geführten Bundesregierung beschlossen wurden. Berechnet man die Leistungseinschränkungen in den Bereichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Ausbildungsförderung und Vermögensbildung einheitlich jeweils für vier Jahre, so ergibt sich folgendes Bild:

- Gesamteinsparungen unter SPD-Verantwortung 94,3 Mrd. DM (61,6 %)
- Gesamteinsparungen unter CDU-Verantwortung 58,8 Mrd. DM (38,4 %)

Unterteilt man diese Einsparungen in Einzelbereiche, ergibt sich folgendes Bild:

	Leistungseinschränkungen	
	SPD-Verantwortung	CDU-Verantwortung
Rentenversicherung	56,30 Mrd. DM	41,94 Mrd. DM
Arbeitslosenversicherung	20,67 Mrd. DM	8,87 Mrd. DM
Vermögensbildung	9,49 Mrd. DM	—
Krankenversicherung	4,93 Mrd. DM	6,80 Mrd. DM
Ausbildungsförderung	2,93 Mrd. DM	1,24 Mrd. DM
Gesamteinsparungen	94,3 Mrd. DM	58,8 Mrd. DM

### 3. Ohne Konsolidierungsmaßnahmen wäre das soziale Sicherungssystem bankrott gewesen

● Ohne die Sofortmaßnahmen vom Oktober 1982 wäre die Rentenversicherung im August 1983 zahlungsunfähig gewesen. Heute ist die Finanzlage der Rentenversicherung wieder stabilisiert und die Renten absolut gesichert. Der stellvertretende Vorsitzende der BfA, Walter Quartier, betonte am 4. 9. 1985 in einem Interview mit der Welt:

*„Die Beiträge fließen besser als erwartet. Wir haben keine Schwierigkeiten, die Renten aus eigenen Mitteln zu zahlen. Wenn es keinen wirtschaftlichen Einbruch gibt, brauchen wir bis 1990 auch keine Beitragserhöhung.“*

● Ohne Konsolidierungsmaßnahmen wäre das Defizit der Arbeitslosenversicherung auf 14,2 Mrd. DM geklettert. Heute verfügt die Bundesanstalt für Arbeit sogar wieder über Überschüsse, die in erster Linie für eine Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges und eine verbesserte berufliche Qualifizierung der Arbeitslosen ausgegeben werden.

Zum erstenmal seit rd. zehn Jahren werden 1985 keine Kürzungen im sozialen Bereich vorgenommen. Im Gegenteil. Die Sozialleistungen steigen jährlich um Milliardenbeträge. Das beweist: Die Bundesregierung hat den Sozialhaushalt wieder auf eine solide Grundlage gestellt.

### DGB-Vorwurf:

**„Rentenkürzung um 24 Prozent und Kürzung des Übergangsgeldes um 25 bzw. 35 Prozent“**  
(Musterrede Seite 11)

### Unsere Antwort:

#### Klassisches Eigentor!

1. Nicht die CDU/CSU, sondern die SPD hat durch das 20. bzw. 21. Rentenanpassungsgesetz die Rentenanpassung für ein Jahr, nämlich 1978, ganz ausgesetzt und für 1979, 1980, 1981 verschoben und zu niedrigeren Sätzen angepaßt.

	tatsächliche Anpassung	Anpassung nach Formel
1978	0 Prozent	8,3 Prozent
1979	4,5 Prozent	7,0 Prozent
1980	4,0 Prozent	6,3 Prozent
1981	4,0 Prozent	5,8 Prozent

Dadurch wurde der Rentenanstieg insgesamt um ein Volumen von ca. 60 Mrd. DM gekürzt. Die weitere Minderung des Rentenanstiegs durch den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner war ebenfalls im Grundsatz bereits von der SPD-geführten Bundesregierung mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz und dem Entwurf eines 6. Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes vom 7. 9. 1982 beschlossen worden. Der Vorwurf der Rentenkürzung trifft also ganz überwiegend die SPD.

Und zudem: Wer weiß denn eigentlich, daß das Rentenniveau 1984 preisbereinigt mit 65,2 Prozent (wie 1977) den höchsten Stand seit 1957 erreicht hat?

2. Nicht die CDU/CSU, sondern die SPD hat im Rahmen des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes sowohl das Übergangs- als auch das Unterhaltsgeld gekürzt: Das Übergangsgeld für Behinderte mit Kindern wurde von 100 auf 90 Prozent, für die übrigen Behinderten auf 75 Prozent des letzten Nettoentgelts gekürzt. Das Unterhaltsgeld wurde von 80 auf 68 Prozent des letzten Nettoentgelts gesenkt. Auch dieser DGB-Vorwurf geht an die Adresse der SPD.

## DGB-Vorwurf:

„Deprimierende Bilanz“

(Musterrede Seite 12)

## Unsere Antwort:

Ist es aus gewerkschaftlicher Sicht deprimierend und arbeitnehmerfeindlich

- daß alle Sozialausgaben (Sozialbudget) von 525 Mrd. DM 1982 auf 570 Mrd. DM 1985 gesteigert wurden?
- daß die Sozialeistungen pro Kopf der Bevölkerung nicht gesenkt, sondern von 8520 DM 1982 auf 9310 in diesem Jahr erhöht wurden?
- daß die Inflationsrate halbiert und dadurch Arbeitnehmer rd. 15 Mrd. DM und Rentner/Pensionäre rd. 6 Mrd. DM jährlich weniger an Kaufkraft verlieren?
- daß erstmals seit 1980 die Zahl der Arbeitsplätze nicht mehr abnimmt, sondern 1985 um voraussichtlich rd. 150 000 steigen wird?
- daß wir von 1 Prozent Rückgang 1982 in diesem Jahr auf 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum gekommen sind und daß es damit wieder Zuwachs zu verteilen gibt?
- daß die Realeinkommen der Arbeitnehmer nicht mehr wie 1982 um 2,3 Prozent sinken, sondern in diesem Jahr um rd. 0,4 Prozent steigen?
- daß wir statt 605 000 Lehrverträgen 1981 im vergangenen Jahr 705 000 hatten?
- daß es eine gesetzliche Vorruestandsregelung gibt und dadurch bereits für 275 000 Arbeitnehmer entsprechende tarifvertragliche Vereinbarungen abgeschlossen werden konnten?
- daß die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik von 6,9 Mrd. DM 1982 auf 9,3 Mrd. DM 1985 gesteigert werden konnten und damit ein finanzielles Rekordvolumen und ein Rekord-Beschäftigungseffekt erreicht wurden?
- daß die Kurzarbeit von 1,2 Millionen im Januar 1983 auf 73 000 im August 1985 gedrückt wurde?
- daß zusammen mit der Gewerkschaft IG BCE 36 Anpassungsschichten für den Bergbau vereinbart wurden, wodurch Entlassungen in den Arbeitsmarkt vermieden werden konnten?
- daß ein Rekord-Rentenniveau erreicht wurde — 10,5 Prozentpunkte höher als 1970?
- daß die Mindest-Beitragszeit für eine Altersrente von 15 auf fünf Jahre gesenkt wurde?

- daß wir die Reform der Hinterbliebenenrente mit DGB-Unterstützung verwirklicht haben?
- daß wir erstmals in unserer Sozialgeschichte Kindererziehungszeiten in der Rente berücksichtigen?
- daß erstmals in unserer Sozialgeschichte ein Erziehungsgeld eingeführt wird?
- daß der Förderrahmen der Vermögensbildung von 624 DM auf 936 DM um 50 Prozent augestockt und die mögliche Arbeitnehmersparzulage von bisher maximal 206 DM auf 460 DM mehr als verdoppelt wurde?
- daß das Wohngeld um durchschnittlich über 30 Prozent erhöht wird?
- daß die Sozialhilfesätze nicht um 3 Prozent wie 1982, sondern um rd. 7,9 Prozent angehoben werden?
- daß die Steuern in zwei Stufen um 20 Milliarden DM gesenkt werden?
- daß es im nächsten Jahr ein 10-Milliarden-Entlastungspaket für die Familien gibt?
- daß arbeitslose Jugendliche wieder Kindergeld und kostenlosen Krankenversicherungsschutz bekommen?

Eine deprimierende, arbeitnehmerfeindliche Bilanz? Wer das behauptet, ist böswillig oder blind!

## DGB-Vorwurf:

**„Zentraler Angriff auf Arbeitnehmerrechte durch Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes“**  
(Musterrede Seite 15 a ff.)

## Unsere Antwort:

Der DGB lehnt den Koalitionsentwurf eines Gesetzes zur Verstärkung der Minderheitenrechte in Betrieben und Verwaltungen pauschal ab und stilisiert ihn zu einem Angriff auf die Einheitsgewerkschaft hoch und beschwört gar das Chaos in den Betrieben:

Diese Pauschalkritik ist nicht gerechtfertigt.

1. **Die Verringerung des Unterschriftenquorums** für Wahlvorschläge der Arbeitnehmer (5 Prozent statt bisher 10 Prozent, 50 Unterschriften statt bisher 100) ist die Konsequenz aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.
2. **Eigenes Wahlvorschlagsrecht der Gewerkschaften** (ohne Unterschriftenquorum). Der DGB befürchtet Chaos in den Betrieben, weil künftig auch Gewerkschaften mit den Unterschriften von zwei Bevollmächtigten Wahlvorschläge erreichen können. Derselbe DGB hat 1952 bei der Schaffung des ersten Betriebsverfassungsgesetzes des Bundes genau dieses Wahlvorschlagsrecht der Gewerkschaft gefordert. Ein Wahlvorschlagsrecht der Gewerkschaften sehen auch bisher schon die Personalvertretungsgesetze der meisten Bundesländer vor. Als Ende der sechziger Jahre Nordrhein-Westfalen hierbei die Vorreiterrolle übernahm, waren vom DGB keine Befürchtungen zu hören.

3. Es ist keine **Diffamierung der Wahlvorstände**, wenn künftig die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften — also auch mit dem DGB konkurrierende Organisationen — ein nicht stimmberechtigtes Mitglied in den Wahlvorstand entsenden können. Wer nichts zu verborgen hat, kann gegen Kontrolle nichts haben.
4. Die **Verhältniswahl bei Ausschüssen und Freistellungen** (bisher Mehrheitswahl; Mehrheitsfraktion im Betriebsrat kann Minderheitsfraktion „ausschalten“) schützt Minderheiten. Diese hat aber nur Chancen, wenn auf sie ein nicht unerheblicher Stimmenanteil der Wähler entfällt. Außerdem müssen Beschlüsse in allen Ausschüssen wie bisher mit Mehrheit gefaßt werden.

### DGB-Vorwurf:

„Leitende Angestellte sollen ihre Standesvertretung erhalten“

(Musterrede Seite 16)

### Unsere Antwort:

1. Die Sonderstellung der leitenden Angestellten ist keine Erfindung der jetzigen Regierungskoalition, sondern schon im **Betriebsverfassungsgesetz von 1972** von einer SPD-geführten Regierung anerkannt worden.
2. Im **Mitbestimmungsgesetz 1976** ist den leitenden Angestellten ebenfalls von einer SPD-geführten Bundesregierung ein Sitz im Aufsichtsrat auf der Bank der Arbeitnehmer reserviert worden. Es liegt in der Konsequenz dieser Entwicklung, wenn die — in vielen Unternehmen bereits existierenden — Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten nun auch eine gesetzliche Grundlage erhalten.
3. Dies wird **keine privilegierte Standesvertretung** sein. Im Gegenteil schließt der Entwurf eine Klagebefugnis des Sprecherausschusses gegen Betriebsvereinbarungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber, die auf einem Spruch der Einigungsstelle beruhen, ausdrücklich aus.
4. Für die **Abgrenzung** der leitenden Angestellten bleibt es beim geltenden Recht.